Es gilt das gesprochene Wort!

Eröffnung Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände am 4.11.

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 4. November 2001, vor genau 25 Jahren, wurde das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände eröffnet. Heute, ein Vierteljahrhundert später, stehen wir erneut an einem wichtigen Punkt seiner Geschichte. Die neue Dauerausstellung ist seit Mai im Probebetrieb. Sie wird nun im Rahmen dieses Festakts offiziell gewürdigt. Das ist ein Anlass zur Freude – aber vor allem auch ein Anlass, uns bewusst zu machen, warum dieses Haus so wichtig ist.

Das Dokumentationszentrum ist weit mehr als ein Museum. Es ist ein Ort, an dem wir uns als Stadtgesellschaft mit unserer Geschichte auseinandersetzen. Und es ist ein Ort, an dem wir fragen, was diese Geschichte für unsere Gegenwart und unsere Zukunft bedeutet.

Erinnerung ist nichts Abgeschlossenes, nichts, das wir einmal in einer Ausstellung festhalten und dann zu den Akten legen können. Sie muss immer wieder neu vermittelt, diskutiert und in unserer Gesellschaft verankert werden. Dafür brauchen wir die wissenschaftliche Expertise, die historische Genauigkeit und die professionelle Vermittlungsarbeit. Wir brauchen aber ebenso den Austausch mit den Menschen, mit jungen Menschen ganz besonders, und deren Bereitschaft, sich auf die Geschichte, auf unsere Geschichte einzulassen.

Deshalb ist es richtig, dass die neue Dauerausstellung nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Fragen stellt, Perspektiven eröffnet und die Besucherinnen und Besucher zur eigenen Auseinandersetzung einlädt.

Im Mittelpunkt steht dabei eine Erkenntnis, die uns gerade heute beschäftigen muss: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Die Weimarer Republik ist nicht allein an ihren erklärten Feinden gescheitert. Sie scheiterte auch daran, dass demokratische Institutionen zu wenig verteidigt wurden, dass politische Verantwortung nicht entschlossen genug wahrgenommen wurde und dass viele Menschen das Vertrauen in die Fähigkeit der Demokratie verloren, ihre Probleme zu lösen.

Die neue Ausstellung „Nürnberg und die Reichsparteitage“ macht diese Entwicklungen nachvollziehbar. Sie zeigt, wie die Nationalsozialisten ihre Macht vorbereiteten, wie sie sich inszenierten, Zustimmung organisierten und demokratische Strukturen zerstörten. Und sie macht deutlich: Die Reichsparteitage waren keine harmlosen Massenveranstaltungen. Sie waren sorgfältig choreografierte Propagandainszenierungen eines Regimes, das Ausgrenzung, Verfolgung und Gewalt zum staatlichen Prinzip machte.

Gerade hier in Nürnberg wird das sichtbar. Die Stadt war nicht bloße Kulisse dieser Geschichte. Sie wurde zum Schauplatz der Selbstinszenierung der NSDAP, der Verkündung der Nürnberger Gesetze im Jahr 1935 und damit auch der systematischen Ausgrenzung und Entrechtung jüdischer Menschen. Aus staatlichem Recht wurde ein Instrument der Verfolgung. Aus Ausgrenzung wurde Deportation, aus Entrechtung schließlich millionenfacher Mord.

Die Ausstellung zeigt zugleich, dass die Geschichte des Reichsparteitagsgeländes nicht mit den propagandistischen Großveranstaltungen endet. Auch die Nutzung der Anlagen während des Zweiten Weltkriegs gehört dazu. Der Bahnhof Märzfeld steht dafür auf besonders eindringliche Weise. Von dort wurden jüdische Menschen aus Nürnberg und Franken deportiert; der Bahnhof diente außerdem dem Transport von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Dass wir diesen Ort künftig sichtbarer gestalten und würdig in unsere Arbeit einbinden, ist deshalb eine zentrale Aufgabe. Denn Erinnerung muss auch dort stattfinden, wo die Verbrechen konkret greifbar werden.

Mich beeindruckt an der neuen Dauerausstellung besonders, wie sie vom konkreten Ort und von einzelnen Lebensgeschichten ausgeht, um größere historische Zusammenhänge verständlich zu machen. Sie schlägt damit eine Brücke zwischen der Geschichte Nürnbergs und der nationalen wie internationalen Geschichte. Sie zeigt, wie Menschen handelten, wie sie sich verhielten, wie sie profitierten, Widerstand leisteten oder zu Opfern wurden. Und sie lädt uns ein, genauer hinzusehen, statt uns mit einfachen Erklärungen zufriedenzugeben.

Meine Damen und Herren,

diese Verantwortung endet nicht an der Tür des Dokumentationszentrums. Das Haus und die neue Dauerausstellung dokumentieren eben nicht nur die historischen Reichsparteitage der Nationalsozialisten, sondern auch das Gelände und die dortigen Bauten.

Die Kongresshalle, in deren Nordflügel wir uns befinden, ist selbst ein Zeugnis nationalsozialistischer Gigantomanie. Mit dem Dokumentationszentrum hat die Stadt hier bewusst einen Gegenpol geschaffen: Der markante Eingriff aus Glas und Stahl des Architekten Günther Domenig setzt der monumentalen Architektur eine andere Haltung entgegen. Er steht für Aufklärung, für kritische Auseinandersetzung und für die Möglichkeit, Geschichte nicht einfach hinzunehmen, sondern sie zu hinterfragen.

Auch die weiteren Planungen für die Kongresshalle stehen in diesem Spannungsfeld. Im Rundbau entstehen Räume für die freie Kunst- und Kulturszene sowie eine Spielstätte des Staatstheaters Nürnberg. Das bedeutet nicht, die Geschichte dieses Ortes zu überdecken oder ihn zu einem gewöhnlichen Kulturstandort zu machen. Vielmehr geht es darum, die historische Substanz erkennbar zu erhalten und zugleich Räume für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft zu schaffen. Kunst und Kultur können Fragen stellen, Widersprüche sichtbar machen und neue Perspektiven eröffnen. Gerade an einem solchen Ort ist das von herausgehobener Bedeutung.

Ähnliches gilt für die Zeppelintribüne und das Zeppelinfeld. Wir wollen diese baulichen Zeugnisse sichern, zugänglich machen und zu einem Lern- und Begegnungsort entwickeln. Es geht ausdrücklich nicht darum, die nationalsozialistische Architektur zu restaurieren oder ihre ursprüngliche Wirkung wiederherzustellen. Es geht darum, ihre Geschichte erfahrbar zu machen – einschließlich der Spuren, die der Umgang mit ihr nach 1945 hinterlassen hat. Die baulichen Relikte sollen erklären helfen, wie Propaganda funktionierte und wie eine Demokratie heute mit einem solchen Erbe verantwortungsvoll umgehen kann.

Kongresshalle, Zeppelintribüne, Zeppelinfeld, Bahnhof Märzfeld und das Dokumentationszentrum gehören deshalb in einen gemeinsamen Zusammenhang. Jeder dieser Orte erzählt einen anderen Teil der Geschichte. Zusammen ermöglichen sie eine umfassendere Auseinandersetzung mit nationalsozialistischer Herrschaft, ihren Verbrechen und den Herausforderungen einer demokratischen Erinnerungskultur.

Wenn wir uns dieser Vergangenheit stellen, tun wir das nicht aus einer lästigen Pflicht heraus. Wir tun es, weil die Auseinandersetzung mit der Geschichte unser Verständnis für die Gegenwart schärft. Sie stärkt unsere Fähigkeit, Ausgrenzung zu erkennen, Menschenwürde zu verteidigen und demokratische Institutionen nicht als selbstverständlich anzusehen.

Eine einfache Formel, mit der sich Demokratie dauerhaft sichern ließe, die gibt es nicht. Auch eine Ausstellung kann uns diese Aufgabe nicht abnehmen. Aber

sie kann Wissen vermitteln, Fragen aufwerfen, Gespräche ermöglichen und uns dazu bringen, die eigene Haltung zu überprüfen.

Als Oberbürgermeister ist es mir wichtig, dass Nürnberg diese Verantwortung langfristig wahrnimmt. Eine zeitgemäße Ausstellung, eine gute Bildungsarbeit und die Pflege historischer Erinnerungsorte brauchen engagierte Menschen, verlässliche Strukturen und ausreichende finanzielle Mittel. Die Stadt kann und muss diese Aufgabe nicht allein tragen. Bund und Freistaat Bayern haben die Neukonzeption und den Ausbau des Dokumentationszentrums maßgeblich unterstützt. Dafür gilt unser ausdrücklicher Dank. Erinnerung ist eine gemeinsame Aufgabe – und sie verdient eine gemeinsame Anstrengung.

Vor 25 Jahren wurde das Dokumentationszentrum eröffnet. Heute führen wir diese Arbeit mit neuen Perspektiven und zeitgemäßen Formen der Vermittlung fort. Das ist kein Schlusspunkt, sondern ein Auftrag für die kommenden Jahre.

Ich danke allen, die an der Neukonzeption mitgewirkt haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dokumentationszentrums, den beteiligten Fachleuten, den Fördergeberinnen und Fördergebern und allen, die sich für eine lebendige Erinnerung einsetzen.

Lassen Sie uns die Geschichte dieses Ortes niemals verdrängen und keinesfalls auf ihre Vergangenheit reduzieren. Lassen Sie uns aus ihr lernen – und gemeinsam dafür arbeiten, dass Demokratie, Menschenwürde und Freiheit in unserer Stadt und in unserem Land eine gute Zukunft haben.